



Herr Oberbürgermeister Frank Frühauf
Herr Bürgermeister Friedrich Marx
Georg-Maus-Str. 1
55743 Idar-Oberstein

Antrag der Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Idar-Oberstein

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frühauf, sehr geehrter Herr Bürgermeister Marx,

die Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt nachfolgenden Antrag, mit der Bitte um eventuelle Vorberatung im zuständigen Ausschuss sowie zur Beratung und Beschlussfassung in der nächsten Stadtratssitzung am 25.03.2020

Antrag: „Sicherer Hafen“

Die Stadt Idar-Oberstein bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Idar-Oberstein hat mit der Unterstützung zahlreicher hauptamtlich und ehrenamtlich wirkenden Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dies auch in Zukunft tun.

Die Stadt Idar-Oberstein bietet der Bundesregierung an, Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufzunehmen.

Die Stadt Idar-Oberstein erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Rheinland-Pfalz hergestellt.

Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Stadtrat vertreten sind, bekennt sich dieser Stadtrat klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Der Stadtrat setzt ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit dieser Stadt und seiner Menschen und deklariert die Stadt Idar-Oberstein zu einem „Sicheren Hafen“.

Der Stadtrat Idar-Oberstein fordert die Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament, im Bundestag und im Rheinland-Pfälzischen Landtag dazu auf, die sich für die Erreichung folgender Ziele einzusetzen:

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.

Die aktive Behinderung der Seenotrettung durch die europäischen Staaten muss umgehend beendet werden.

Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen.

Begründung:

Fast 5000 Menschen sind in den Jahren 2018 und 2019 im Mittelmeer ertrunken, die Dunkelziffer ist nach Berichten neutraler Beobachter deutlich höher.

Die parteiunabhängige Initiative „Seebrücke –Schafft sichere Häfen!“ protestiert seit einiger Zeit gegen das Sterben Unschuldiger im Mittelmeer und die Kriminalisierung von Seenotrettern. Immer wieder gibt es Fälle, in denen Menschen aus dem Meer gerettet werden, aber Häfen in Malta oder Italien die Einfahrt nicht zulassen.

Viele Städte und Kommunen, wie zum Beispiel Mainz, Kaiserslautern, Trier, Gau-Algesheim, Ingelheim, Ludwigshafen sowie der Landkreis Mainz-Bingen haben sich bereits allein in Rheinland-Pfalz solidarisiert und angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen.

Die Stadt Idar-Oberstein sollte ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Solidarität setzen. In den letzten Jahren hat die Bevölkerung der Stadt gemeinsam mit Verwaltung und Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren.

Diesen Weg muss die Stadt Idar-Oberstein weitergehen und damit ein deutliches Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und seiner Menschen setzen – und dadurch auch ein Gegengewicht zu steigender Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber hilfsbedürftigen Menschen.

Dieser Beschluss ergibt sich aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Maßstab allen Handelns verpflichtet alle deutschen Bürgerinnen und Bürger dem Frieden der Welt zu dienen. Daraus ergibt sich das Recht aller Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2) und weiterhin das Gebot, dass niemand auf Grund seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf (Artikel 3).

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion Stadtrat Idar-Oberstein, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Fraktionsvorsitzende Monja Roepke
Stellv. Fraktionsvorsitzender Jean Pierre Ganser
Eduard Erken